Anselm Doering-Manteuffel

Im Kampf um ‚Frieden‘ und ‚Freiheit‘

Über den Zusammenhang von Ideologie und Sozialkultur
im Ost-West-Konflikt

Vom 20. bis 23. April 1949 erlebten 2000 Besucher in der Salle Pleyel in Paris eine internationale Konferenz, den „Congrès Mondial des Partisans de la Paix“. Die Veranstaltung war umstritten. Fast 400 Delegierte hatten von der französischen Regierung kein Visum erhalten, weshalb zur gleichen Zeit ein paralleler Kongreß in Prag stattfand. Der Kalte Krieg hatte soeben seinen ersten Höhepunkt erreicht, die Blockade der Westsektoren Berlins dauerte noch an. Die Kongresse in Paris und Prag waren als ideologische Propagandaveranstaltungen typisch für diese Zeit¹. So liegt denn auch die historische Bedeutung des Treffens in der französischen Hauptstadt nicht nur in seinen Themen, sondern vor allem auch in der Emblematik. Auf Veranlassung von Louis Aragon war der Saal mit Plakaten geschmückt, die Picassos „Friedenstaube“ zeigten – eine Lithographie, die der Künstler 1948 geschaffen hatte als seinen Beitrag zur internationalen Diskussion über den Verzicht auf atomare Rüstung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki². Die Friedenstaube trat ihren Flug um die Welt an. Schon im Juli 1950 brandmarkte US-Außenminister Dean Acheson sie als die „trojanische Taube der kommunistischen Bewegung“³. Bei den Weltjugendfestspielen in der DDR 1951 und 1973 stieg die Taube im Dienste des ‚Kampfes für den Frieden‘ in den Himmel. Das „Deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden“ von 1949, später bekannt als „Deutscher Friedensrat“, seit 1963 „Friedensrat der DDR“, übernahm sie in sein Signet, und auch auf dem Bühnenvorhang des Berliner Ensembles prangte die Friedenstaube⁴. In den 1980er Jahren war sie in Westdeutschland und anderen westeuropäischen Ländern als Autoauf-

¹ Lawrence S. Wittner, *One World or None. A History of the World Nuclear Disarmament Movement Through 1953* (Stanford, CAL 1993) 171–191, bes. 178.

² Face à l'Histoire (Paris 1996) 247, 332. Ich danke meinem Tübinger Kollegen Gottfried Korff, Ludwig Uhland-Institut, für den Hinweis auf diesen Band und für ein aufschlußreiches Gespräch über Picassos Friedenstaube.

³ New York Times 13. Juli 1950. Zit. n. Wittner, 272.

⁴ DHM-Magazin 9 (1999) H. 24, 33–47.

kleber in den Kreisen friedensbewegter Menschen allüberall präsent. Nach 1990 verlor sich ihr Flug im Dunkel der Zeit.

Wie die Teilung Deutschlands, wie der macht- und ordnungspolitische Systemgegensatz war auch dieses Symbol ein manifester Ausdruck des Ost-West-Konflikts. Beide Seiten, Ost und West, griffen sich gegenseitig mit den Wertordnungsformeln ‚Frieden‘ und ‚Freiheit‘ an. Von seiten der Sowjetunion wurde den USA unterstellt, sie gefährdeten mittels der Verfügung über die Atombombe den Frieden. Seitens der USA wurde die Sowjetunion bekämpft als ein Feind, dessen totalitäres System eine akute Bedrohung der Freiheit darstellte. Beide Begriffe wurden ideologisch so aufgefüllt, daß sie in den Jahren des Kalten Krieges eine unzweideutige Semantik enthielten, und sie wurden im Osten über „offizielle Bewußtseinsindustrien“⁵ und im Westen über halb-offizielle Agenturen der Meinungsbildung verbreitet⁶. Die Verbreitung erfolgte mit großem Nachdruck insbesondere im eigenen Lager und, natürlich, in Richtung auf das gegnerische Lager. Die Begriffe prägten die Sprache der Zeitgenossen. Die Selbstzuschreibungen des Westens als ‚freie Welt‘ und des Ostens als ‚Friedenslager‘ blieben haften und tauchten bis zum Ende des Ost-West-Konflikts in der offiziellen wie in der Alltagskommunikation beider Blöcke auf.

Die ‚Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts‘ wurden nicht zuletzt von diesem Gegensatz bestimmt, der zeit seiner Existenz mehr in sich schloß als die zuvörderst ins Auge stechende ideologische Differenz. Die nachstehende Skizze vermag in allgemeinem Umriß zu zeigen, wie ‚Frieden‘ und ‚Freiheit‘ in der Systemrivalität verwendet und welche Wirkungen davon in den Gesellschaften hüben und drüben erkennbar wurden. Verschiedene Erscheinungsformen politischen Dissenses drückten hier wie dort den Willen aus, gesellschaftliche Interessen zur Geltung zu bringen, die einerseits legitime Anliegen einer jeden humanen Sozialordnung bildeten und andererseits auch Merkmale des ideologischen Selbstverständnisses aus dem gegnerischen System aufwiesen. Im kritischen Engagement für den Frieden in den Gesellschaften der westlichen Länder und für die Freiheit in den oppositionellen Netzwerken der Ostblockstaaten waren Argumente und Überzeugungen im Spiel, die propagandistisch aus dem jeweils anderen Lager zur Geltung gebracht wurden. So kam es in den vier Jahrzehnten des Ost-West-Konflikts zu einer gegenseitigen Durchsäuerung der antagonistischen Gesellschaften, und am Ende, in den achtziger Jahren, bildeten in dialektischer Verschränkung das Engagement für den Frieden ohne atomare Bedrohung ein Merkmal systemkritischer Opposition im Westen und das Engagement für die Freiheit des einzelnen in einer Welt ohne atomare Bedrohung das Kennzeichen von Opposition im Osten. Die nukleare Rüstungspolitik der Supermächte gab der Entwicklung ihre Dynamik.

⁵ *Dietrich Beyrau*, Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917 bis 1985 (Göttingen 1993) 229.

⁶ *Peter Coleman*, *The Liberal Conspiracy. The Congress for Cultural Freedom and the Struggle for the Mind of Postwar Europe* (London 1989).

Diese These ist nun mit Blick auf ‚West‘ und ‚Ost‘ im allgemeinen und am Beispiel der Bundesrepublik und der DDR im besonderen zu illustrieren. Es erweist sich als sinnvoll, drei Zeitschnitte anzulegen: Von 1945/47 bis etwa 1955 dauerte die schärfste Spannungsphase des Kalten Krieges; die Jahre von 1965/66 bis etwa 1973 sind als Kernzeit der Entspannung anzusprechen; und die späten siebziger bis mittleren achtziger Jahre schließlich waren eine Phase des erneuerten Konflikts, in der Erinnerungen an den Kalten Krieg wach werden konnten.

Die diachrone Perspektive von den vierziger bis zu den achtziger Jahren konfrontiert den Zeithistoriker nicht nur mit höchst unterschiedlichen Epochen, sondern auch mit unterschiedlichen Forschungsständen. Die Geschichte des Ost-West-Konflikts ist bisher allein unter dem Gesichtspunkt der internationalen Beziehungen mehr oder weniger durchgängig behandelt worden⁷. Die innere Entwicklung in den einzelnen Ländern, die Bedeutung des Nachkriegsbooms für Wirtschaft und Gesellschaft, der Wandel von Institutionen und politischer Kultur sowie ideelle Prägungen, Verhaltensstile und Handlungsmuster von gesellschaftlichen Gruppen und Bewegungen – all dies wird von der zeithistorischen Forschung gegenwärtig nur erst bis an die Schwelle der siebziger Jahre erfaßt⁸. Die durch den Nachkriegsboom ausgelöste Transformationskrise in den Industriegesellschaften beiderseits des Eisernen Vorhangs während der sechziger und siebziger Jahre korrelierte mit der Entspannungspolitik im Bereich von Rüstung und internationalen Beziehungen. Diese Korrelation ist zumindest für die beiden deutschen Staaten noch nicht systematisch erforscht worden. Und das Phänomen der ‚Neuen sozialen Bewegungen‘ im Westen seit den siebziger und achtziger Jahren, das in Polen, auch in der DDR und sogar in den städtischen Zentren der Sowjetunion durchaus seine Entsprechung hatte, wird mit Blick auf Deutschland bislang von Politikwissenschaft und Soziologie erforscht, weshalb die Frage nach ideellen Kontinuitäten zwischen den Neuen sozialen Bewegungen, wie z. B. der Friedensbewegung, und Erscheinungsformen von Interessenartikulation und -beeinflussung aus der Anfangszeit des Kalten Krieges nicht zentral ins Blickfeld gerückt wird⁹. Auf den folgenden Seiten sollen deshalb Kontinuitäten und Brüche unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts besonders beachtet werden.

⁷ John Lewis Gaddis, *The Long Peace. Inquiries into the History of the Cold War* (New York 1987); ders., *We now Know. Rethinking Cold War History* (Oxford 1997); Gregor Schöllgen, *Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow 1941–1991* (München 1996); David Reynolds, *One World Divisible. A Global History Since 1945* (New York 2000).

⁸ Vgl. Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts* (München 1995) 324–431; Mark Mazower, *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert* (Berlin 2000) 267–538; Hartmut Kaelble (Hrsg.), *Der Boom 1948–1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik und in Europa* (Opladen 1992); Peter Graf Kielmansegg, *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland* (Berlin 2000); Axel Schildt, Detlef Siegfried, Karl Christian Lammers (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften* (Hamburg 2000).

⁹ Karl-Werner Brand (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA* (Frankfurt a.M. 1985); ders., *Massendemokratischer Aufbruch im Osten. Eine Herausforderung* (Frankfurt a.M. 1985).

I.

Der erste Zeitschnitt erfaßt noch den Übergang vom Zweiten Weltkrieg in den Ost-West-Konflikt. Die Anti-Hitler-Koalition hatte die ideologischen Ansprüche auf die Gestaltung von ‚Freiheit‘, wie sie in der Atlantik-Charta formuliert waren, und auf ‚Frieden‘ respektive ‚Weltfrieden‘, den die Sowjetunion postulierte, in einen Handlungszusammenhang gebracht, aus dem 1945 die Vereinten Nationen hervorgingen. Der Gründung der UNO am 26. Juni 1945 folgten sechs Wochen später die amerikanischen Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Erst allmählich wurde den Zeitgenossen die Bedeutung des Geschehens bewußt – in seiner machtpolitischen, technisch-wissenschaftlichen und ethischen Dimension. Der Beginn des Kalten Krieges spiegelte nicht zuletzt diesen schubweisen Erkenntnisprozeß international wider¹⁰.

Unmittelbar nach dem Atombombenabwurf setzte in den USA eine Diskussion ein, die um die einzigartige Verantwortung der Amerikaner für diese Waffe kreiste¹¹. Die Überlegungen betrafen Fragen, ob die militärische Nutzung nukleartechnischer Forschung weiterhin verantwortbar sei und wie der Kreis der Forscher und die Fluktuation des Wissens, aber auch die Verfügbarkeit spaltbaren Materials unter Kontrolle gehalten werden könne. In dieser Diskussion waren nahezu alle wichtigen Argumente späterer Auseinandersetzungen in den verschiedenen westlichen Ländern über den Verzicht auf Atomrüstung oder nukleare Abrüstung bis hin zum ‚Ausstieg aus der Kernenergie‘ bereits enthalten. Praktische Konsequenzen zeitigte dies in den vierziger Jahren nicht, denn die Verschärfung des Interessengegensatzes und der Machtrivalität zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ab 1946 leiteten über in die Phase des offenen Konflikts. Truman-Doktrin und Marshall-Plan auf der einen Seite sowie die Gründung des Kominform mit der programmatischen Rede von Andrej Schdanow auf der anderen Seite umrissen im Frühjahr und Herbst 1947 den Rahmen. Der von Truman beschworenen „freien Welt“, in deren europäischem Teil nun die Hilfe des Marshall-Plans zur Geltung kommen sollte, stellte Schdanow das „antiimperialistische und demokratische Lager“ unter der Führung der Sowjetunion entgegen, das den Kampf gegen die USA bei deren „Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges“ aufnehmen werde¹². 1947 war die Aufteilung der Welt in die beiden

rung für die NSB-Forschung, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 3, H. 2 (1990) 9–16; Detlef Pollack, Wie alternativ waren die alternativen Gruppen in der DDR? Bemerkungen zu ihrem Verhältnis zu Sozialismus, Demokratie und deutscher Einheit, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 11, H. 1 (1998) 92–102.

¹⁰ Douglas Brinkley, David R. Facey-Crowther (Hrsg.), *The Atlantic Charter* (London 1994); John Lewis Gaddis, *The United States and the Origins of the Cold War, 1941–1947* (New York, London 1972); Daniel Yergin, *Der zerbrochene Frieden. Der Ursprung des Kalten Krieges und die Teilung Europas* (Frankfurt a. M. 1979).

¹¹ Wittner, 55–79.

¹² Wilfried Loth, *Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955* (München 1980) 157–184, Zit. 179.

Blöcke des Ost-West-Konflikts propagandistisch vollzogen, 1948 setzte die ideologische Homogenisierung des westlichen und des östlichen Blocks ein, die vom Machtkampf unter dem Signum atomarer Politik und vom Gegensatz der sozio-politischen und ökonomischen Ordnungsvorstellungen geprägt war¹³.

Die Furcht vor der amerikanischen Bombe veranlaßte die Sowjetunion, einerseits die eigene Atomrüstung zu forcieren und andererseits mit Hilfe von kommunistischen Führungskräften in europäischen Ländern und später über das Kominform auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs Friedenskampagnen in Gang zu bringen, die von Intellektuellen und Künstlern getragen werden sollten. Nach der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs war der Friedenswunsch in den europäischen Ländern ein gesellschaftliches Grundbedürfnis, und gerade die Repräsentanten des Kulturlebens fühlen sich nicht selten dazu berufen, hier als Vorkämpfer der Besinnung öffentlich zu wirken. Das in Deutschland verbreitete Nullpunkt-Denken, der Impuls „Nie wieder Krieg!“ und der intensive geistige Austausch darüber in den vielen Zeitschriften und Diskussionsveranstaltungen der frühen Nachkriegsjahre brachte dieses Grundbedürfnis zum Ausdruck¹⁴. Groß angelegte, internationale Intellektuellenkongresse als Anstöße für Kampagnen mit breiter Wirkung in die Gesellschaft hinein, die die Friedenssehnsucht der Menschen artikulieren und die Atombombe ächten sollten, entsprachen deshalb der Zeitstimmung. Viele Teilnehmer nahmen das Anliegen als ethische Verpflichtung tiefernst und reagierten mit Unmut und Protest, als sie bemerkten, daß die internationalen Kongresse für den Frieden vom Beginn 1948 an kommunistisch beeinflusst waren und mehr oder weniger offen im machtpolitischen Interesse der Sowjetunion manipuliert wurden¹⁵.

Ende August 1948 hatte in Breslau, im nunmehr polnischen Schlesien, der erste „Weltkongreß der Geistesschaffenden zur Verteidigung des Friedens“ stattgefunden, auf dem der russische Schriftsteller und Kulturfunktionär Aleksandr Fadejew die Zielsetzung unmißverständlich klarmachte. Seine Analyse entsprach der Zwei-Lager-Theorie Shdanows und forderte von den Kongreßdelegierten die Unterstützung der sowjetischen Politik durch propagandistisches Engagement für den Weltfrieden und die Verurteilung der Atombombe¹⁶. Von hier gingen dann die Anstöße aus, die 1949 auf den Tagungen in Paris und Prag unter dem Emblem von Picassos Friedenstaube die „Weltfriedensbewegung“ ins Leben riefen. Sie wurde zum Motor für eine ganze Serie von ähnlichen Veranstaltungen in den Jah-

¹³ Stephen J. Whitfield, *The Culture of the Cold War* (Baltimore 21996); Paul Boyer, *By the Bomb's Early Light. American Thought and Culture at the Dawn of the Atomic Age* (New York 1985); Manfred Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates* (München 1998) 601–754.

¹⁴ Vgl. Als der Krieg zu Ende war. Literarisch-politische Publizistik 1945–1950 (Stuttgart 1973).

¹⁵ Rüdiger Schlaga, *Die Kommunisten in der Friedensbewegung – erfolglos? Die Politik des Weltfriedensrates im Verhältnis zur Außenpolitik der Sowjetunion und zu den unabhängigen Friedensbewegungen im Westen 1950–1979* (Münster, Hamburg 1991) 41–50.

¹⁶ Ebd. 48f.

ren 1949 und 1950 in Rom, Stockholm, Warschau und Sheffield¹⁷. Im März 1950 veröffentlichte das Ständige Komitee der Weltfriedensbewegung einen Aufruf, in dem ein „vorbehaltloses Verbot“ der Atomwaffe und die Errichtung einer strengen internationalen Kontrolle gefordert wurden¹⁸.

Auf die internationalen ‚Friedens‘-Kampagnen aus östlicher Initiative reagierten ab 1949 mit heftiger Entschiedenheit amerikanische und westeuropäische Intellektuelle. Den letzten Anstoß hatte die wegen des Ortes und Inhaltes besondere Aufmerksamkeit erregende Konferenz der Weltfriedensbewegung im New Yorker Waldorf Astoria Hotel gegeben, die ‚Scientific and Cultural Conference for World Peace‘ vom März 1950. Ausgehend von den Beobachtungen amerikanischer Konferenzteilnehmer begann hier die Planung einer groß aufgezogenen Propagandaveranstaltung für die Wertorientierung des liberalen Westens, die dann wenige Tage nach Beginn des Koreakriegs Ende Juni 1950 in Berlin als ‚Kongreß für kulturelle Freiheit‘ spektakulär in Szene gesetzt wurde. „Die Freiheit hat die Offensive ergriffen“, sagte Arthur Koestler in seiner Rede dort, und in der Tat, ‚Freiheit‘ und ‚Frieden‘ waren jetzt in der propagandistischen Feldschlacht des Kalten Krieges endgültig offen in Stellung gebracht worden¹⁹.

Im Unterschied zu dem gebräuchlichen, gewissermaßen ‚naiven‘ Umgang mit den Worten Freiheit und Frieden handelte es sich hier um ideologische Kampfbegriffe, die darauf angelegt waren, das semantisch offene, ‚naive‘ Verständnis von Freiheit und Frieden auf eine politische Zwecksetzung hin einschlägig zuzuspitzen und zu verengen. Die von der Sowjetunion lancierte Friedenspropaganda implizierte apriorisch die Wesenseinheit von Sozialismus und Frieden, weshalb jeder Anlaß zum Krieg dann beseitigt sein würde, wenn das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufgehoben worden sei. In diesem Sinne für den Frieden zu kämpfen müsse das Antriebsmoment für jeden Kommunisten sein. So wurde ‚der Frieden‘ gegen die bürgerlich-kapitalistische Ordnung des Westens in Stellung gebracht, die als Bedrohung aufzufassen war wegen ihrer expansiven, ‚imperialistischen‘ Zielsetzung und wegen der Verfügung über die Atombombe. Die von den Vereinigten Staaten lancierte Freiheitsrhetorik propagierte dagegen ein atlantisches Verständnis von Freiheit, in dem das Recht jeden Individuums auf persönliche Freiheit, auf wirtschaftliche Freiheit und auf persönliche Lebenserfüllung fest verkoppelt waren. Die antikommunistische und antitotalitäre Stoßrichtung dieses Ideologems aus dem Fundus der US-amerikanischen politischen und kulturellen Tradition lag offen zutage. Diese ‚Freiheit‘ ließ sich gegen politische Diktatur und staatlich gelenkte Wirtschaft zum Einsatz bringen. Doch mehr als

¹⁷ Wittner, 175–205; Schlaga, 51–74.

¹⁸ Jürgen von Hehn, Die Weltfriedensbewegung im Atomzeitalter, in: Europa-Archiv 9 (1954) 6807–6821, hier 6811.

¹⁹ Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen (München 1998) insbes. 68–158, 204–228. Neben diesem Standardwerk vgl. für den englischsprachigen Raum Coleman, und zu Frankreich Pierre Grémion, Intelligence de l'Anticommunisme. Le Congrès pour la liberté de la culture à Paris 1950–1975 (Paris 1995).

das: Auch wirtschaftliche Ordnungsvorstellungen des demokratischen Sozialismus aus der deutschen und kontinentaleuropäischen Tradition hatten darin ebenso wenig Platz wie die Kategorie des Klassegegensatzes, die im bürgerlichen und sozialdemokratischen Lager eines westeuropäischen Landes wie der Bundesrepublik noch das Selbstverständnis der Parteien und die Prinzipien der Koalitionsbildung bestimmte²⁰.

Hinter den ideologischen Kampfbegriffen standen Institutionen, die für deren Verbreitung sorgten. Zeitlich parallel wurden in der zweiten Jahreshälfte 1950 sowohl der „Weltfriedensrat“ als auch der „Congress for Cultural Freedom“ ins Leben gerufen²¹. Der Weltfriedensrat wurde von den Ländern des Ostblocks als „berufene höchste Instanz der Völker zur Erhaltung des Friedens“ bezeichnet²². Seine Funktion nach außen bestand darin, die pazifistischen Strömungen und Oppositionsbewegungen gegen Rüstungspolitik in den westlichen Ländern zu stärken, um die außen- und sicherheitspolitische Konsolidierung des gegnerischen Blocks zu stören. Nach innen ging es darum, in den Volksdemokratien Osteuropas mit Hilfe der Friedenspropaganda die Bevölkerung trotz aller Versorgungsengpässe zu höheren Leistungen in der Produktion anzuspornen, indem die Aggressivität des Westens als schwerste Bedrohung für den Aufbau des Sozialismus beschworen wurde. Zeitweilig scheint es auch Überlegungen gegeben zu haben, den Weltfriedensrat zu einer Gegen-UNO auszubauen²³. Der „Congress for Cultural Freedom“ entstand aus einer nichtstaatlichen Initiative, wurde jedoch vom amerikanischen Staat via *Ford Foundation* finanziert und war mit der CIA verbunden. Hier wurde die einflußreichste Propagandastrategie im amerikanisch dominierten Westen geplant und organisiert. Sie richtete sich unter dem Signum eines scharfen Antikommunismus gegen Einwirkungsversuche aus dem sowjetischen Machtbereich, strahlte über Rundfunksender die Freiheitsrhetorik in die östlichen Länder aus und nahm nicht zuletzt gezielten Einfluß auf die liberalen und linken Segmente der Intelligenzschicht in Westeuropa. Der Schwerpunkt der Aktivitäten auf beiden Seiten lag in den frühen fünfziger Jahren.

Die ‚Frieden‘-, ‚Freiheit‘-Dichotomie läßt sich dann als Kennzeichen der ideologischen Ost-West-Differenz charakterisieren, wenn man jederzeit mitbedenkt, daß es im Westen natürlich eine kontinuierliche Kommunikation über Frieden und im Osten eine äquivalente Kommunikation über Freiheit gab. Beides hatte aber eher flankierenden Charakter und gewährleistete – vornehmlich in den offenen Gesellschaften des Westens – die Funktionsfähigkeit der eigentlichen Kampf-

²⁰ *Tony Smith*, *America's Mission. The United States and the Worldwide Struggle for Democracy in the Twentieth Century* (Princeton 1994); *Frank A. Ninkovich*, *The Diplomacy of Ideas. U.S. Foreign Policy and Cultural Relations, 1938–1950* (Cambridge 1981); *Anselm Doering-Manteuffel*, *Turning to the Atlantic: The Federal Republic's Ideological Reorientation, 1945–1970*, in: *Bulletin of the German Historical Institute, Washington D.C.* 25 (1999) 3–21.

²¹ *Schlaga*, 75–113; *Hochgeschwender*, 204–264.

²² Zit. n. *Schlaga*, 81.

²³ Ebd. 84.

begriffe. Erwähnt seien als Beispiele für die westliche Seite nur die Formel der Bundesregierungen unter Adenauer, „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“, und die „Atoms for Peace“-Initiative des US-Präsidenten aus dem Jahr 1953, mit der Eisenhower die forcierte Rüstungspolitik der UdSSR im Atomwaffenbereich und die östliche Propaganda zu konterkarieren versuchte²⁴. Auf der östlichen Seite lud sich der sowjetische Antiimperialismus zunehmend mit einer Freiheits- bzw. Befreiungsrhetorik auf, die ab den sechziger Jahren dann die Moskauer Einflußnahme auf die Länder der Dritten Welt legitimierte²⁵. Um aber Bedeutung und Wirkung der beiden Kampfbegriffe ‚Freiheit‘ und ‚Frieden‘ durch die Jahrzehnte des Ost-West-Konflikts verfolgen zu können, beziehe ich die flankierende Kommunikation im Westen über Frieden und im Osten über Freiheit bzw. Befreiung nur punktuell mit ein.

Sehen wir jetzt auf die Bedeutung der beiden ideologischen Kampfbegriffe in Deutschland. Als gesellschaftliche Orientierungsmuster ohne ideologische Grundierung standen Frieden und Freiheit nach den Verheerungen des Zweiten Weltkriegs und der Erfahrung der NS-Diktatur ganz außer Zweifel. Aber schon in der Gründungsphase der beiden deutschen Teilstaaten setzte die Aufrüstungsdiskussion ein. Seit 1950/51 ging der Kampf darum, ob die militärische und politische Einbindung Westdeutschlands ins westliche Bündnis möglich sein würde oder nicht. Das machte die Auseinandersetzung so erbittert, denn aus der Sicht der Zeitgenossen hing daran auch die Entscheidung über die definitive Teilung Deutschlands. Als geteiltes Land würden die beiden deutschen Staaten zu Appenziden der gegnerischen Blöcke werden, und das betraf das Bewußtsein der Deutschen von sich selbst²⁶.

Die Doppelfunktion der westlichen ‚Freiheits‘- und der östlichen ‚Friedens‘-Propaganda wird hier erkennbar. Wie bereits angedeutet, bestand sie nicht allein in der Beeinflussung der Menschen im jeweils gegnerischen Block. Mindestens ebenso wichtig war im ersten Nachkriegsjahrzehnt der Zweck, eine Vereinheitlichung und relative Geschlossenheit im öffentlichen Selbstverständnis des je eigenen Lagers zu erzeugen. Der Kampf für die ‚Freiheit‘ im Westen und für den ‚Frieden‘ im Osten sollte in Politik und Gesellschaft hüben und drüben identitätsstiftend wirken. Das traf in besonderem Maß auf das besiegte Deutschland und seine beiden Teilstaaten zu. Nationalkulturelle Eigenheiten waren zu überformen, bis eine mehr oder minder deutliche ‚Verwestlichung‘ in der Bundesrepublik respektive ‚Veröstlichung‘ in der DDR erkennbar wurde. In Westdeutschland wirkte neben allen Erscheinungsformen von alltagskultureller Amerikanisierung eine zunehmende politisch-ideelle Westorientierung als bewußtseinsbildender

²⁴ Vgl. Kielmansegg, 158 u. Anm. 41; Joseph Pilat, Robert E. Pendley, Charles K. Ebinger (Hrsg.), *Atoms for Peace. An Analysis After Thirty Years* (Boulder, London 1985).

²⁵ Raymond L. Garthoff, *Détente and Confrontation. American-Soviet Relations from Nixon to Reagan* (Washington D.C. 1985); Adam B. Ulam, *The Communists. The Story of Power and Lost Illusions 1948–1991* (New York 1992) 240–342.

²⁶ Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart* (München 1999) 271–328.

Faktor auf Führungspersonen und -gruppen in den Parteien, Verbänden, Medien und Wissenschaften ein²⁷. In der DDR wurde die Gesellschaft möglichst umfassend durch eine „offizielle Bewußtseinsindustrie“ via Betrieb, Schule und FDJ für den ‚Frieden‘ mobilisiert²⁸. Die Umgestaltung der Humanwissenschaften und die Aktivierung von Intellektuellen im Sinne der „Wesenseinheit von Sozialismus und Frieden“ zur Abschottung gegenüber westlichem „Imperialismus“ und westdeutschem „Revanchismus“²⁹ erfolgten während der fünfziger und frühen sechziger Jahre³⁰.

Eine homogenisierende Wirkung kann den länderübergreifenden Leitideologemen im Ost-West-Konflikt nicht abgesprochen werden. Aber ausschließliche Dominanz erlangten sie nie – weder in den offenen Gesellschaften des Westens noch in den mehr oder weniger geschlossenen Gesellschaften des Ostens. In der Bundesrepublik war die Auseinandersetzung in den fünfziger Jahren um Wiederbewaffnung und Westintegration durchgängig vom Protest pazifistischer und nationalneutralistischer Gruppen begleitet. Die Vereinnahmung der Wiederbewaffnungsgegner aus allen Bevölkerungsschichten, aus den Kirchen und den Gewerkschaften für die Interessen der östlichen ‚Friedens‘-Propaganda mißlang zu meist³¹. Gleichwohl, und ungeachtet der Tatsache, daß es sich hier um zahlenmäßig kleine Gruppen handelte, wurden sie in der bundesdeutschen Öffentlichkeit angegriffen und als Wasserträger des Kommunismus ausgegrenzt. Pazifismus und Neutralismus waren in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre durch den Einfluß der Presse, durch den Westernisierungs-Diskurs bei den linksliberalen intellektuellen Eliten und durch staatliche Einflußnahme stark marginalisiert, mit Auswirkungen bis in die siebziger, wenn nicht achtziger Jahre hinein. In der Phase des Kalten Krieges wirkte die politisch-ideelle Homogenisierung der westdeutschen Bevölkerung durch ideologische Einflußnahme ungeachtet verschiedener Gegenströmungen letztlich sehr erfolgreich. Man wird nicht umhin können, ergänzend zur sozialgeschichtlichen Interpretation des Wirtschaftsbooms und der Entfaltung der typischen westdeutschen Wohlstandsgesellschaft dieses ideelle Element

²⁷ *Anselm Doering-Manteuffel*, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert* (Göttingen 1999).

²⁸ Bezogen auf die UdSSR wird der Begriff gebraucht von *Beyrau*, 229; zur DDR vgl. *Anne Hartmann*, *Wolfram Eggeling*, *Sowjetische Präsenz im kulturellen Leben der SBZ und frühen DDR 1945–1953* (Berlin 1998) 87–92, 262–271 und passim.

²⁹ Unter Bezug auf Lenins „Dekret über den Frieden“. *Schläga*, 19.

³⁰ Als institutionen- und strukturgeschichtliche Studie vgl. *Ralph Jessen*, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära* (Göttingen 1999); *Martin Sabrow*, *Die Diktatur des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR* (München 2001).

³¹ *Hans Karl Rupp*, *Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren. Eine Studie zur innenpolitischen Entwicklung der BRD* (Köln 1980); *Rainer Dobse*, *Der Dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955* (Hamburg 1974); vgl. auch *Hans Adolf Jacobsen*, *Zur Rolle der öffentlichen Meinung bei der Debatte um die Wiederbewaffnung 1950–1955*, in: *Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung bis 1955* (Boppard 1975) 61–117.

mit in den Blick zu nehmen, wenn es darum geht, herauszufinden, wie sich das sozialkulturelle Profil der Westdeutschen allmählich entwickelt hat³².

In der DDR war der ideologische Homogenisierungsdruck durch die anhaltende Mobilisierung der Bevölkerung zum ‚Kampf‘ für ‚den Frieden‘ auf Abgrenzung gegenüber Westdeutschland gerichtet. Das verschränkte sich mit der Absicht der diktatorischen Staatspartei, die Gesellschaft umzubauen durch Enteignung und Verstaatlichung im Produktionssektor und durch die Beseitigung bürgerlicher Milieuprägungen in den Bereichen Erziehung, Bildung und konfessioneller Kultur³³. Dieser doppelte Druck setzte die Fluchtbewegungen nach Westen in Gang und führte den Aufstand vom 17. Juni 1953 mit herbei. Die Bedingungen für die ideologische Integration der DDR-Gesellschaft unter dem Signum von Sozialismus und ‚Frieden‘ dürften deshalb insbesondere nach dem Mauerbau von 1961 wirksam geworden sein. Parallel zur Entwicklung in der Bundesrepublik gingen wirtschaftliche Konsolidierung, Umbau der Gesellschaft und die Transformation ideeller Leitbilder Hand in Hand. Politisches Engagement für Freiheit und Selbstbestimmung wurde unterbunden und bestraft, auch dann, wenn es nicht an das ideologische Freiheitsverständnis des Westens gekoppelt war, sondern sich dezidiert auf Freiheit und Selbstbestimmung im Sozialismus richtete. Abweichendes Denken blieb auf den privaten und den kirchlichen Raum beschränkt.

Mit Blick auf die fünfziger Jahre läßt sich bis hierher die These ableiten: Bewußtseinsbeeinflussung formte ideelle Prägungen und soziales Verhalten im Kalten Krieg. In der Bundesrepublik wurde der Antikommunismus durch die *Freiheitsrhetorik* in eine Richtung gelenkt, die die Gesellschaft nicht nur materiell, sondern auch ideell nach Westen orientierte. In der DDR wurden Antiimperialismus und Antirevanchismus durch die *Friedensrhetorik* gebraucht, um die Transformation zur sozialistischen Gesellschaftsordnung in Anlehnung an die materielle wie auch ideelle Führungsmacht Sowjetunion abzusichern.

II.

Der zweite Zeitschnitt lenkt unseren Blick jetzt auf die mittleren sechziger bis zu den frühen siebziger Jahren. Die Sechziger waren nicht nur ein Reformjahrzehnt, sondern sie leiteten eine Phase des Umbruchs ein, in der die Handlungsmuster und Wertorientierungen der Nachkriegszeit in Wirtschaft und Politik ebenso wie in der Gesellschaft einschneidend verändert wurden³⁴. Das galt in unterschied-

³² Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen?* 71–126.

³³ Vgl. als instruktive Studien zu Teilbereichen Detlef Pollack, *Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR* (Stuttgart, Berlin, Köln 1994); Jessen; Sabrow.

³⁴ Diese Feststellung verschränkt sich mit der strukturgeschichtlichen These von Charles S. Maier, *Consigning the Twentieth Century to History: Alternative Narratives for the Modern Era*, in: AHR 105 (2000) 807–831. Vgl. auch den Beitrag von Maier in diesem Band.

lichem Maß für die Länder in beiden Blöcken, es galt besonders deutlich für die Bundesrepublik und die DDR.

Außenpolitische Katalysatoren dieser Entwicklung waren der Vietnamkrieg und der Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR, wobei das größere Gewicht zweifellos dem Vietnamkrieg zuzusprechen ist³⁵. In den Studentenprotesten von Berkeley über Chicago und Paris bis nach West-Berlin machte die Kritik an der amerikanischen Regierung deutlich, daß die Vormacht des Westens wegen dieses Krieges einen politisch-ideologischen Legitimationsverlust erlitt³⁶. Der antikommunistische Konsens in den westlichen Gesellschaften aus den Zeiten des Kalten Krieges wurde jetzt aufgebrochen und von unterschiedlichen sozialen Emanzipationsbewegungen auf die Seite geschoben. In diesem Kontext entstand die Neue Linke als eine Gegenströmung gegen die ideologisch weitgehend homogene Nachkriegsgesellschaft³⁷. Das kann man *cum grano salis* für die Vereinigten Staaten und für die Bundesrepublik gleichermaßen feststellen. Die westliche Neue Linke wies indes in den sechziger Jahren keine Affinität zum ideologischen System des Sowjetkommunismus auf, sondern sie orientierte sich an China, am Maoismus, als dem revolutionären marxistischen Rivalen der UdSSR. Das bis dahin äußerlich so klare ideologische Schema des Ost-West-Gegensatzes wurde dadurch schwerer durchschaubar.

Die Zerstörung der reformkommunistischen Ansätze in der ČSSR durch die UdSSR und ihre Verbündeten im August 1968 zerschlug die Hoffnung, daß in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung Freiheitsvorstellungen und der Anspruch auf Selbstbestimmung von Staats wegen einen Spielraum erhielten. Die Wirkung dieser Intervention in den Ostblockstaaten war tief einschneidend³⁸, während die Ost-West-Beziehungen im Bereich der internationalen Politik davon kaum berührt wurden. Die Bemühungen um sicherheitspolitische Entspannung

³⁵ John Lewis Gaddis, *Strategies of Containment. A Critical Appraisal of Postwar American National Security Policy* (New York 1982); Gabriel Kolko, *Anatomy of War. Vietnam, the United States, and the Modern Historical Experience* (New York 1985); George C. Herring, *Tet and the Crisis of Hegemony*, in: 1968. *The World Transformed*. Hrsg. von Carole Fink, Philipp Gassert, Detlef Junker (Cambridge 1998) 31–53; Mark Kramer, *The Czechoslovak Crisis and the Brezhnev Doctrine*, in: ebd. 111–171.

³⁶ Ingo Juchler, *Die Studentenbewegung in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland. Eine Untersuchung hinsichtlich ihrer Beeinflussung durch Befreiungsbewegungen und -theorien der Dritten Welt* (Berlin 1995).

³⁷ Vgl. den klassischen Text aus dem Entstehungszusammenhang der ‚New Left‘: C. Wright Mills, *Letter to the New Left*, in: Chaim I. Waxman (Hrsg.), *The End of Ideology Debate* (New York 1968) 126–140; sowie Kenneth Keniston, *The Rise of a New Opposition* (New York 1971); für Deutschland vgl. Thomas Ellwein, *Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren* (München 1989).

³⁸ Zur Bedeutung des Prager Frühlings für die DDR vgl. Armin Mitter, Stefan Wolle, *Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte* (München 1993) 367–482; Hermann Weber, *Geschichte der DDR* (Neuausgabe München 1999) 263–274; vgl. die Stellungnahme von Walter Ulbricht auf der 8. Tagung des SED-Zentralkomitees am 23. April 1968, abgedruckt in: Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler (Hrsg.), *Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch* (Berlin 1997) 702–706.

mit SALT I, ABM-Vertrag und Berlin-Abkommen gingen nahezu unbeeinträchtigt weiter³⁹.

Seit 1965 und verstärkt seit 1968/69 verschwand die ideologische Antithese von ‚Freiheit‘ und ‚Frieden‘ aus der öffentlichen Diskussion. Mitte der sechziger Jahre setzte im Westen eine intensiv geführte Debatte über die Frage der Systemkonvergenz ein, in der sich die Tatsache niederschlug, daß die Probleme von Modernisierung und Reform, welche die Entwicklung von Industriegesellschaften kennzeichnen, auf beiden Seiten etwa zeitgleich fühlbar wurden⁴⁰. Technische Machbarkeitsvorstellungen dominierten in dieser Zeit, und die Tatsache, daß man in den westlichen Ländern jetzt zunehmend in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft geradezu euphorisch der Planung huldigte, veränderte von der westlichen Seite her die Wahrnehmung der wirtschaftlich-technischen Leistungskraft des sozialistischen Systems, das eben auf zentraler Planung aufbaute⁴¹. Mit dem Ölschock von 1973 ging diese Phase des Glaubens an Planungsvernunft und technische Machbarkeit vorerst zu Ende. Die Konvergenztheorie und das Interesse am Systemvergleich blieben indes lebendig und bildeten, zumal in der Bundesrepublik, mehr und mehr ein Axiom im geistigen Klima der Entspannungspolitik. Deshalb ist hier deutlich zu unterstreichen, daß die Entspannung im Rahmen des Ost-West-Gegensatzes nicht die Überwindung des Konflikts darstellte, sondern vielmehr einen anderen Modus des Konfliktaustrags bildete. Entsprechend wurden die Kategorien des ideologischen Selbstverständnisses der Blöcke, ‚Freiheit‘ und ‚Frieden‘, zwar zeitweilig nicht mehr öffentlich wahrgenommen, aber sie blieben doch latent wirksam⁴².

Bundesrepublik und DDR hatten in der Transformationskrise der sechziger Jahre ihre je eigenen, typischen und gegensätzlichen Gesellschaften ausgebildet. Um 1969/70 waren die Konturen modelliert, die bis 1990 erhalten blieben und kaum noch Ähnlichkeiten mit der Zeit um 1950 aufwiesen. In der Bundesrepublik ging der für die fünfziger Jahre noch typische politische Gegensatz zwischen dem bürgerlichen Lager und dem sozialistisch-demokratischen Lager zurück, ein liberaler Konsens zwischen den Volksparteien trat an seine Stelle und ließ – auf der

³⁹ Wilfried Loth, Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung (München 1998).

⁴⁰ Siehe Charles S. Maier, Dissolution. The Crisis of Communism and the End of East Germany (Princeton, NJ 1997) 89 u. Anm. 87; vgl. etwa Wolfgang Behr, Bundesrepublik Deutschland – Deutsche Demokratische Republik. Systemvergleich Politik, Wirtschaft, Gesellschaft (Stuttgart, Berlin, Köln 1985); Hannelore Hamel (Hrsg.), Bundesrepublik Deutschland – DDR. Die Wirtschaftssysteme Soziale Marktwirtschaft und Sozialistische Planwirtschaft im Systemvergleich (München 1983); Zahlenspiegel Bundesrepublik Deutschland/Deutsche Demokratische Republik. Ein Vergleich. Hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Bonn 1985).

⁴¹ Andrew Shonfield, Geplanter Kapitalismus. Wirtschaftspolitik in Westeuropa und USA (Köln 1968).

⁴² Vgl. Eckart Conze, Konfrontation und Détente. Überlegungen zur historischen Analyse des Ost-West-Konflikts, in: VfZ 46 (1998) 269–282. Ich danke Eckart Conze für seine kritischen Anregungen zum vorliegenden Text.

Ebene von Parlament und Regierung – die Große Koalition denkbar werden⁴³. Das Profil der Bundesrepublik als liberale und soziale Demokratie begann sich abzuzeichnen. Strukturmerkmale der Kanzlerdemokratie wie etwa der Patriarchalismus in der Politik und im gesellschaftlichen Leben wurden blasser, Normen des Verhaltens in der Öffentlichkeit wurden informeller, und politische Interessen artikulierten sich zunehmend auch außerhalb des Parlaments im gesellschaftlichen Raum. Die Ostermarschbewegung gegen atomare Rüstungspolitik und die Bewegung gegen die Notstandsgesetze, die dann in der „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“ zusammenflossen⁴⁴, sowie die Studentenbewegung ab 1966 mit den Protesten gegen den Vietnamkrieg draußen und gegen das politisch-gesellschaftliche ‚Establishment‘ zu Hause signalisierten einen tiefreichenden Wandel sozialer Ordnungs- und Wertvorstellungen⁴⁵. Die Protestbewegungen wiesen Merkmale auf, die sie den parallelen Erscheinungen in anderen westlichen Ländern sehr ähnlich machten⁴⁶. Das ist als Anzeichen für eine zunehmende sozialkulturelle Vereinheitlichung im Einflußbereich des westlichen Bündnisses zu werten.

In der DDR schritt die Homogenisierung der sozialistischen Gesellschaft seit den späten fünfziger Jahren gleichermaßen deutlich voran. Der Wandel der ländlichen Gesellschaft und der Industriearbeiterschaft unter den Bedingungen staatlicher Betriebsplanung einerseits⁴⁷ und die Beseitigung bürgerlicher Milieuprägungen durch die Marginalisierung der Kirchen von einer Volks- zur Minderheitenkirche⁴⁸ oder durch den Strukturwandel des Schulsystems und der Universitäten andererseits⁴⁹ machten die DDR zu einem Land, dessen Bevölkerung um 1970

⁴³ *Anselm Doering-Manteuffel*, Westernisierung. Politisch-ideeller und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik bis zum Ende der 60er Jahre, in: *Schildt, Siegfried, Lammers* (Hrsg.), *Dynamische Zeiten* 311–341.

⁴⁴ *Karl A. Otto*, Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960–1970 (Frankfurt a.M., New York 1980).

⁴⁵ *Görtemaker*, 475–491.

⁴⁶ Vgl. die Beiträge von *Alan Brinkley* über die USA, *Jerzy Eisler* zu Polen, *Ingrid Gilcher-Holtey* zu Frankreich, *Claus Leggewie* über die Bundesrepublik und *Arif Dirlik* über die Dritte Welt, in: 1968. *The World Transformed* 219–317.

⁴⁷ *Arnd Bauerkämper* (Hrsg.), „Junkerland in Bauernhand?“: Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone (Stuttgart 1996); *Antonia Maria Humm*, Auf dem Weg zum sozialistischen Dorf? Zum Wandel der dörflichen Lebenswelt in der DDR von 1952 bis 1969 mit vergleichenden Aspekten zur Bundesrepublik Deutschland (Göttingen 1999); *Peter Hübner, Klaus Tenfelde* (Hrsg.), *Arbeiter in der SBZ – DDR* (Essen 1999).

⁴⁸ Vgl. *Detlef Pollack*, Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der sozialen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR (Stuttgart 1994).

⁴⁹ *Hansgünter Meyer* (Hrsg.), Intelligenz, Wissenschaft und Forschung in der DDR (Berlin 1990); *Brigitte Hohlfeld*, Die Neulehrer in der SBZ/DDR 1945–1953. Ihre Rolle bei der Umgestaltung von Gesellschaft und Staat (Weinheim 1992); *Michael C. Schneider*, Grenzen des Elitentausches. Zur Organisations- und Sozialgeschichte der Vorstudienanstalten und frühen Arbeiter- und Bauernfakultäten in der SBZ/DDR, in: *Jb. f. Universitätsgeschichte* 1 (1998) 134–176; *Jessen*, *Akademische Elite*; vgl. auch *Christoph Fuhr, Carl-Ludwig Furck* (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte VI/2* (München 1998).

fundamental anders geprägt war als die westdeutsche Gesellschaft. Individualismus und Selbstbestimmung bildeten soziale Orientierungsmuster, die hier strukturell keinen Ort haben sollten⁵⁰. Der homogenisierende Druck des Staates war zwar in den ersten Jahren nach dem Bau der Berliner Mauer ein wenig gemildert worden, aber das galt nur für die kurze Zeitspanne bis 1965⁵¹. Die Entspannungspolitik mit den vorsichtigen Versuchen von westdeutscher und westlicher Seite zur Annäherung und zur prinzipiellen Akzeptanz des konträren Systems wirkte deshalb nicht dahin, daß auf die kommunistische Friedenspropaganda verzichtet wurde. Sie blieb vielmehr aus Gründen der Abgrenzung nach Westen blockintern erhalten, wie das Beispiel der Weltjugendfestspiele 1973 zeigte.

Die Einflüsse des Zeitgeistes der Entspannung auf die Vorstellungen, Erwartungen und Ansprüche der Menschen waren indessen staatlich nicht kontrollier- und steuerbar. Sie sind aus der historischen Rückschau im Wandel der west- und ostdeutschen, ja überhaupt der westlichen und östlichen Gesellschaften deutlich auszumachen, vor allem in den achtziger Jahren. Die Ära der Entspannungspolitik brachte eine gewisse Öffnung zwischen den Blöcken, die es möglich machte, daß – wenn auch abgeschwächt – das ideelle Selbstverständnis der jeweils anderen Seite in den antagonistischen Gesellschaften hüben und drüben zur Geltung kam und sich mittelfristig mit endogenen systemkritischen Auffassungen verbinden konnte.

Daraus ergibt sich folgende These: Das zeitliche Zusammentreffen von sozial-ökonomischer Transformation, Wertewandel und Entspannungspolitik während der sechziger und frühen siebziger Jahre wirkte im Westen – und abgeschwächt auch im Osten – dahin, daß sich in den Gesellschaften Interessen artikulieren konnten und Bewegungen entstanden, die eine neuartige, breite Kohärenz in den Verhaltensmustern aufwiesen. Durch die gemäßigt systemkritischen Zielsetzungen dürften diese Bewegungen im Westen ein gewisses Maß an Aufnahmebereitschaft gegenüber der Friedenspropaganda und im Osten gegenüber der Freiheitspropaganda besessen haben, soweit diese im kollektiven Gedächtnis noch präsent war oder partiell reaktiviert wurde.

III.

Der dritte Zeitschnitt rückt jetzt die Jahre des Übergangs von den Siebzigern zur Mitte der Achtziger ins Blickfeld. Die Bezugspunkte in der internationalen Politik des Ost-West-Konflikts bildeten hier zum einen die Schlußakte der Konferenz für

⁵⁰ Detlef Pollack, Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR (Opladen 2000) 62–77; Christian Joppke, East German Dissidents and the Revolution of 1989. Social Movement in a Leninist Regime (New York 1995) 46–49.

⁵¹ Vgl. Weber, 223–254.

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) vom 1. August 1975⁵² und zum andern die wieder zunehmende Verschärfung der Interessengegensätze zwischen den Supermächten sowie die Konflikteskalation infolge des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979, des Einmarschs der Sowjetunion in Afghanistan Ende Dezember 1979 und schließlich des Starts der Reagan-Administration 1981 mit der Wiederaufnahme der Propagandasprache des ideologischen Systemgegensatzes⁵³.

Die KSZE war ein Resultat der Entspannungspolitik seit 1969/70. Die östliche Seite zeigte sich im Rahmen der Verhandlungen vor allem daran interessiert, konkrete Abmachungen über wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vereinbaren (Korb 2), und dafür willigte sie allmählich in die Forderung der westlichen Seite ein, Zugeständnisse im Bereich humanitärer Zusammenarbeit zu erhalten (Korb 3). Hier wurde nun der „freie Austausch von Menschen, Informationen und Meinungen“ festgeschrieben, welcher Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten, den freien Zugang zu Presse-, Rundfunk- und Fernsehinformationen, kulturelle Begegnungen und Austauschprogramme vorsah. Der gängigen Praxis in den sozialistischen Ländern entsprechend wurde der Vertrag, die KSZE-Schlußakte, in den Partei- und Regierungszeitungen des Warschauer Pakts in voller Länge veröffentlicht, in der ‚Prawda‘ ebenso wie im ‚Neuen Deutschland‘. Das sollte in erster Linie dazu dienen, den großen Verhandlungserfolg der UdSSR unter Leonid Breschnew im Gesamtrahmen der KSZE zu demonstrieren, aber damit erhielten die Menschen in den Ostblockstaaten die Möglichkeit, sich auf das nun vertraglich verbriefte Recht der freien Meinungsäußerung zu berufen⁵⁴.

Die Wirkung der KSZE-Schlußakte im Ostblock war beträchtlich. Die verschiedenen Oppositionsgruppen vornehmlich in der Intelligenzschicht, die im Zuge der systemübergreifenden Transformationskrise seit den sechziger Jahren entstanden waren, formierten sich seit der zweiten Hälfte der Siebziger zu einer Bewegung, die sich als „Menschenrechts-Bewegung“ verstand und eine allmähliche „Sozialdemokratisierung der Linken“ in Gang setzte⁵⁵. Im Mai 1976 wurde eine „Moskauer Gruppe zur Realisierung der Helsinki-Vereinbarungen“ gegründet, der andernorts ähnliche Initiativen folgten. In der DDR hatte der vergleichbare Prozeß schon früher eingesetzt. Hier lassen sich die Anfänge auf die Wirkungen des ‚Prager Frühlings‘ von 1968 zurückführen, der in der Bevölkerung die

⁵² Wilfried Loth, Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung (München 1998) 164–170.

⁵³ Ebd. 191–217; vgl. zu den sozialen Bewegungen sowie den intellektuellen Strömungen und ideologischen Positionen Russell J. Dalton, Manfred Kuechler (Hrsg.), Challenging the Political Order. New Social and Political Movements in Western Democracies (Cambridge 1990); Roy Medwedew, On Soviet Dissent (New York 1980); Jeffrey Herf, War By Other Means. Soviet Power, West German Resistance, and the Battle of the Euromissiles (New York 1991).

⁵⁴ Loth, 168 f.

⁵⁵ Dietrich Beyrau, Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917 bis 1985 (Göttingen 1993) 242.

Hoffnung auf eine Demokratisierung der Gesellschaft geweckt hatte⁵⁶. Früh verbunden mit der kirchlichen Friedensbewegung, die zwischen 1972 und 1978 als oppositionelle Basisbewegung entstand⁵⁷, spitzte sich die Entwicklung 1976/77 zu. Die Ausbürgerung von Wolf Biermann 1976 hatte Signalwirkung⁵⁸. Sie zeigte einerseits, daß die DDR-Führung die oppositionellen Kräfte auch zu dieser Zeit nicht anders als durch Repression unter Kontrolle halten konnte. Andererseits wurde auch für Außenstehende, zumal im Westen, unübersehbar, daß sich ein kultureller Protest gegen die politischen Zustände in der DDR herausgebildet hatte, der jetzt mit dem KSZE-Prozeß des Ausgleichs und der Entspannung zu verschmelzen begann. 1977 rekurrierte der DDR-Kirchenbund auf die KSZE-Schlußakte mit einer Verlautbarung, in der es hieß: „Es kennzeichnet die Helsinki-Erklärung, daß sie erstmalig sicherheitspolitische und humanitäre Anliegen in Verbindung miteinander bringt: die Sicherheit des menschlichen Lebens und der menschlichen Würde. Ohne diese Sicherheit kann es keinen dauerhaften Frieden geben.“⁵⁹

In der Bundesrepublik erforderten die verbreitete Sympathie mit der Opposition in der DDR einerseits und das politische Interesse an einer Stabilisierung des zweiten deutschen Staates andererseits ein Maß an politisch-ideologischer Flexibilität in der Gesellschaft und bei der Regierung, wie es das zuvor bis zur Wende von den sechziger zu den siebziger Jahren nicht gegeben hatte. Seit in Bonn nicht länger eine bürgerlich-konservative, sondern eine sozial-liberale Regierung den Ton angab und im Meinungsklima ein nach links offener liberaler Konsens dominierend geworden war, ergaben sich Felder für mögliche Annäherungen zwischen Bundesrepublik und DDR unter dem Signum der Forderung nach ‚mehr Demokratie‘. Obwohl die von den Bundesregierungen angestrebten ‚menschlichen Erleichterungen‘ überwiegend den Besuchern aus dem Westen zugute kamen, griff in der DDR eine ‚Sozialdemokratisierung‘ in der Meinungsbildung Platz, die sich vorerst nur auf kleinere oppositionelle Gruppen und auf den Binnenraum der Kirche erstreckte, indes nicht mehr einzudämmen war und seit 1985 rasch an Kraft gewinnen sollte. So kam die Freiheit als systemverändernde Kraft in den Gesellschaften der Ostblock-Staaten ins Spiel, und die Menschenrechtsbewegungen weiteten sich aus zu Demokratiebewegungen. In dialektischer Verschränkung tauchte am Übergang von den siebziger zu den achtziger Jahren die Forderung nach Frieden in der öffentlichen Diskussion wieder auf, und zwar insbesondere im Westen, aber auch im Osten. Einen ersten Anstoß hatten die Überlegungen im Umfeld von US-Präsident Carter über die Entwicklung der Neutronenbombe 1977 gegeben, aber die Ausweitung zur Friedensbewegung als Massenphänomen im Westen und als schwer beherrschbare starke Opposition im Osten, am ausge-

⁵⁶ Pollack, Protest 68.

⁵⁷ Ehrhart Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989* (Berlin 1997) 284–334, hier 299.

⁵⁸ Ebd. 328 f.

⁵⁹ Klaus Ehring, Martin Dallwitz, *Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR* (Reinbek 1982) 39.

prägtsten in der DDR, folgte nach dem NATO-Doppelbeschluß und der Verschärfung der amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion unter Ronald Reagan. Das rüstungspolitische Tauziehen um die Stationierung von Mittelstreckenraketen im östlichen wie im westlichen Zentraleuropa brachte die Problematik der atomaren Bedrohung und atomaren Kriegführung in Europa wieder ins Bewußtsein der Öffentlichkeit. Die sicherheitspolitischen Aspekte sind an dieser Stelle zu übergehen⁶⁰. Wichtig ist die Einschätzung der Friedensbewegung, die sich ab 1980/81 entwickelte⁶¹. In der Bundesrepublik flossen hier die verschiedenen gesellschaftskritischen Strömungen zusammen, die seit den sechziger und vor allem in den siebziger Jahren entstanden waren – Umweltschutz, Kernkraftgegner, Frauenbewegung, Initiativen für den Volksentscheid u.a.m. Sie vermischten sich mit Einflüssen des traditionellen Pazifismus und Antimilitarismus aus den fünfziger Jahren⁶². Hinzu kam dann die Einflußnahme von Protagonisten sozialistischer ‚Friedens‘-Politik, die am staatlichen Interesse der UdSSR und der DDR orientiert waren. Das kristallisierte sich im „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KOFAZ) und im „Krefelder Appell“ von 1981, ohne daß dies allein von östlicher Seite initiierte Aktivitäten gewesen wären. Doch durch sie kam die Friedenstaube nach Westdeutschland und Westeuropa zurück⁶³.

Von den Teilnehmern an der Friedensbewegung wurde indes das Emblem mit der Taube nicht als etwas schon lange Bekanntes empfunden. Zumindest die jugendliche Anhängerschaft hatte keine biographische Verbindung mit den vierziger und fünfziger Jahren mehr, aus der Sicht von 1980 war der Kalte Krieg unendlich weit entfernt – eine andere Welt. Scheinbar ganz frisch und aktuell symbolisierte die Friedenstaube jetzt die Ablehnung, die prononcierte politische Distanz von gesellschaftlichen Gruppen gegenüber Staat und Wirtschaft im westlichen Bündnis. Der innere Zusammenhang dieser breit gefächerten Distanz erschließt sich dann, wenn man die Wirkung ideologischer Bewußtseinsbildung aus den fünfziger Jahren mitbedenkt. Der Kampf der verschiedenen Gruppen in der Friedensbewegung richtete sich gegen Atomkraftwerke und Atomrüstung, gegen die Regierungen der USA und der Bundesrepublik, weil und insoweit sie die Atompolitik forcierten, und gegen Rüstungsindustrie und Energiewirtschaft – kurz, gegen nukleare Bedrohung, gegen kapitalistische Verwertungsinteressen mindestens in diesem Bereich und gegen die Macht- und Militärpolitik der amerikanisch do-

⁶⁰ Vgl. hierzu *Thomas Risse-Kappen*, Die Krise der Sicherheitspolitik. Neuorientierungen und Entscheidungsprozesse im politischen System der Bundesrepublik Deutschland 1977–1984 (München 1988).

⁶¹ *Helmut Zander*, Die Christen und die Friedensbewegungen in beiden deutschen Staaten. Beiträge zu einem Vergleich für die Jahre 1978–1987 (Berlin 1989); *Corinna Hauswedell*, Friedenswissenschaften im Kalten Krieg. Friedensforschung und friedenswissenschaftliche Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren (Baden-Baden 1997).

⁶² *Karl-Werner Brand*, *Detlev Büsser*, *Dieter Rucht*, Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik (Frankfurt a.M. 1983); *Ulrike C. Wasmuth* (Hrsg.), Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegungen in der Diskussion (Darmstadt 1989).

⁶³ Vgl. *Hauswedell*, 123–138.

minierten nordatlantischen Allianz⁶⁴. In dem berechtigten Protest gegen die Rüstungseskalation und dem mindestens verständlichen Widerstand gegen die zivile Nutzung der Kernenergie flossen die ideologischen Grundbausteine des Systemkonflikts mit ein. Der Flug der Friedenstaube in den achtziger Jahren galt noch immer dem Kampf für jenen ‚Frieden‘, der durch den Weltimperialismus unter der Führung der atomaren Supermacht USA bedroht schien – ganz so, wie es die ‚Friedens‘-Propaganda in den fünfziger Jahren beschworen hatte.

Umgekehrt forderte die Friedensbewegung in der DDR mit ihrem Protest gegen die erneute Verschärfung der Rüstungspolitik von Staat und Partei den Verzicht darauf, durch repressive Maßnahmen die Militarisierung der Gesellschaft, insbesondere der Jugend, weiter voranzutreiben. Das Friedensengagement im Osten hatte sein staatsunabhängiges Fundament traditionell in den Aktivitäten der evangelischen Kirchen gefunden, und in den ‚Friedensdekaden‘ zwischen 1980 und 1986, den ‚Friedenswerkstätten‘ und ‚Friedensforen‘ seit 1982 formierte sich dieses Engagement neu⁶⁵. Doch es verband sich zugleich mit den Oppositionsbewegungen anderer gesellschaftskritischer Gruppen. Darüber spitzte sich der seit den mittleren siebziger Jahren schwelende Kampf um politische Selbstbestimmung und die innere Demokratisierung des Systems nun in den achtziger Jahren merklich zu. Aktuell im tagespolitischen Geschehen gegen die befürchtete Eskalation atomarer Bedrohung durch Raketenstationierungen beider Supermächte in Mitteleuropa gerichtet, zielte der Protest grundsätzlich jedoch gegen die harte Hand des Staates in der Gesellschaft. Aus der Friedensbewegung im ‚Friedensstaat‘ ging seit 1984 die Demokratiebewegung hervor⁶⁶, deren systemverändernde Kraft in den folgenden Jahren spürbar werden sollte.

Im Verlauf von vier Jahrzehnten des Ost-West-Konflikts hatte sich die gezielte ideologische Bewußtseinsbildung aus dem Kalten Krieg in den Tiefenschichten der kollektiven Wahrnehmung bei der west- und ostdeutschen Bevölkerung abgelagert. Als Sediment, aus dem sich Wirklichkeitsdeutungen speisten, blieb sie erkennbar, obwohl die Wirkung des tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels in den sechziger und siebziger Jahren und die veränderten Wertorientierungen es seither verhinderten, daß die alten Kampfbegriffe ‚Freiheit‘ und ‚Frieden‘ um 1980 so vordergründig wie in den fünfziger Jahren aktiviert werden konnten. Doch als Ordnungsformeln im ideologischen Machtkampf zwischen West und Ost mit dem Ziel des Systemwandels auf der jeweils anderen Seite der Blockgrenze blieben sie bis zum Schluß virulent.

Als Hypothese läßt sich folglich mit dem Blick auf die achtziger Jahre formulieren, daß die den Systemgegensatz transzendierende Kraft der Demokratiebewegung im Osten und der Friedensbewegung im Westen nur dann angemessen

⁶⁴ Vgl. ebd. 164–170.

⁶⁵ Vgl. Anke Silomon, „Schwerter zu Pflugscharen“ und die DDR. Die Friedensarbeit der evangelischen Kirchen in der DDR im Rahmen der Friedensdekaden 1980 bis 1982 (Göttingen 1999); Zander, 279–285.

⁶⁶ Vgl. Neubert, Kap. V–VII.

eingeschätzt werden kann, wenn man den Einfluß und die Wirkungskraft der ideologischen Kampfbegriffe des Kalten Krieges auf die Bewußtseinslagen und Verhaltensstile von Gesellschaften in einer langen Perspektive untersucht. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Übergang ins 21. Jahrhundert ist die Zeit seit 1945 als abgeschlossene Epoche in der Geschichte aufgehoben. Das ist die Ausgangssituation für die künftige Forschung.

Als in den frühen neunziger Jahren der Balkankrieg begann, war die Friedens-taube verschwunden, und die Freiheitsrhetorik wirkte ziellos. Daraus wurde erkennbar, daß dies kein Krieg im Handlungsrahmen des Ost-West-Konflikts mehr war.